

Glass-Steagall-Standard für Europa: Währungsspekulationen verbieten!

Von Helga Zepp-LaRouche

Man stelle sich vor: Ein Bankdirektor lädt eine Bande von Räubern ein und übergibt ihnen Schlüssel und Sicherheitscodes der Filialen der Bank. Daraufhin rauben diese die Filialen aus. Nun verlangt der Bankdirektor, daß die leidtragenden Kunden nicht nur den Verlust akzeptieren und der Bank ein Schmerzensgeld zahlen, sondern auch noch für die Spesen der Räuber aufkommen sollen, während er den Räubern weitere Tips gibt, wie sie Wetten auf die dadurch zu erwartende Insolvenz der Kunden abschließen und angesichts deren vorgezogenen Ablebens in den Genuß ihrer Lebensversicherungen kommen können.

Die Herren, die 2004 die Hedgefonds nach Deutschland einluden und die die gleichen sind, die jetzt tatenlos zusehen, wie diese Fonds nicht nur gegen Griechenland, sondern auch auf den Kollaps des Euros spekulieren und dann verlangen, daß die Steuerzahler für den Schaden aufkommen und die Bevölkerung den Gürtel enger schnallen sollen, haben eine frappierende Ähnlichkeit mit jenem Bankdirektor. Deutschland ist wahrlich unter die Räuber gefallen!

Wenn ein chaotischer Zusammenbruch des Euro mit katastrophalen Auswirkungen für die Realwirtschaft und den Lebensstandard der Bevölkerung verhindert werden soll, dann müssen die Regierungen in Europa sofort einen Glass-Steagall-Standard einführen, d.h. es muß eine strikte Brandmauer zwischen Geschäftsbanken und Investmentbanken neu errichtet werden. Die Spekulation von Finanzholdinggesellschaften, Hedgefonds, Beteiligungsgesellschaften etc. muß absolut abgetrennt werden von den Einlagen und Kreditvergaben der Geschäftsbanken. Für den Fall, daß sich die im Hochrisiko-Bereich tätigen Finanzinstitutionen verzocken, müssen sie für die Konsequenzen selber geradestehen. Dem Steuerzahler darf nicht länger zugemutet werden, für



Die Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin der BüSo in NRW, Katarzyna Kruczkowski

*Fragen an die Spitzenkandidatin?
Senden Sie Ihre Fragen an:
kasia@bueso.de*

die Spielschulden professioneller Spieler aufkommen zu müssen.

Falls es kurzfristig unmöglich sein sollte, feste Wechselkurse zu etablieren, dann muß umgehend die Währungsspekulation unter Strafe gestellt werden. Es ist nicht einzusehen, daß Top-

Manager der größten Hedgefonds beim gemütlichen Diner in Manhattan gemeinsam beschließen, auf einen Kollaps des Euro bis zu einem Parity-Betrag mit dem Dollar zu spekulieren, und so das volkswirtschaftliche Vermögen der Bevölkerung, die das Unglück hat, in der Eurozo-

ne zu wohnen, um ein Viertel oder ein Drittel zu zerstören.

Die Bundesregierung ist akut aufgerufen, mit der Einführung des Glass-Steagall-Standards und dem Verbot von Währungsspekulation Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, wie es gemäß ihrem Amtseid ihre Aufgabe ist! Wenn es Bundeskanzlerin Merkel, die den Euro offenbar zum ersten Mal in einer schwierigen Situation sieht, wirklich um die Nachhaltigkeit der Haushalte geht, dann liegt hier „das Problem, das bei der Wurzel gepackt“ werden muß.

Wie das *Wall Street Journal* berichtete, trafen sich am 8. Februar die Chefs einiger der größten Hedgefonds zu einem privaten Diner in einem Stadthaus in Manhattan und einigten sich dort auf eine spekulative Attacke auf den Euro. Da der Euro mittelfristig bis auf Parität zum Dollar fallen werde, ließe sich jetzt „eine Menge Geld“ machen, wird Hans Hufschmid, Ex-Direktor von Salomon Brothers und jetzt Chef des Hedgefonds GlobeOp Financial Services SA, zitiert.

Eingeladen hatte zu dem „Ideen-Diner“ das Investment- und

Brokerhaus Monness, Crespi, Hardt & Co. Anwesend soll auch David Einhorn, Gründer von Greenlight Capital, gewesen sein, ebenso wie Aaron Cowen, Manager von SAC Capital, der sämtliche Lösungsansätze für Griechenland als negativ für den Euro eingeschätzt habe. Ebenfalls vertreten waren Soros Fund Management und Brigade Capital.

Das Treffen fiel laut *Financial Times Deutschland* zeitlich zusammen mit dem rapiden Anstieg der Euro-Nettoverkaufspositionen an den Terminmärkten. In der gleichen Woche kletterte die Anzahl der Kontrakte, mit der Händler an der Chicago Mercantile Exchange (CME) auf den Kursverfall des Euro wetteuten, auf 60.000, und damit auf die höchste Anzahl seit Einführung des Euro, urteilten die Währungsstrategen von Morgan Stanley in einem Researchbericht. Drei Tage nach dem Diner fiel der Kurs des Euro auf unter 1,36 \$. - im Dezember hatte er noch bei 1,51\$ gelegen.

Weltweit erreichten die Transaktionen im Januar mit 820.000

Seite 2

Schwarz-grün in NRW? Dann sag Deutschland ade!

Von Helga Zepp-LaRouche

Die Wähler in NRW tun gut daran, sich vor der Wahl ein ungeschminktes Bild davon zu machen, was Schwarz-Grün in einem Bundesland bedeutet, das ohnehin das größte Opfer des Paradigmawandels geworden ist: NRW hat sich von einer Region mit hochmoderner und dichter Industrie- und Infrastruktur in eine Gegend verwandelt, in der das Bild vieler Städte von Industriemuseen und zu Kasinos, Banken oder Versicherungsbüros umgebauten früheren Fabrikanlagen dominiert wird. Statt den Transrapid in Verbindung mit dem CargoCap zu bauen, wurden große Teile NRWs zur „Feinstaubzone“ erklärt, während gleichzeitig die Staus auf den Autobahnen immer länger werden.

Die CDU hat nur ein Ziel in NRW: den Machterhalt für Ministerpräsident Rüttgers. Da Zweifel bestehen, ob die FDP in NRW die Fünf-Prozent-Hürde schafft bzw. genügend Stimmen für eine Koalition mit der CDU erhält, profiliert sich Umweltminister Norbert Röttgen mit voller Unterstützung von Frau Merkel als Befürworter eines schnellstmöglichen Abschaltens noch im Betrieb befindlicher Kernkraftwerke – als deutliches Signal an die Grünen.

Das Problem ist nur, daß schon bei dem im Jahr 2000 von Rot-Grün beschlossenen



Atomausstieg allen Beteiligten klar war, daß die Energieversorgung in Deutschland ohne Atomstrom nicht gewährleistet ist; die dann fehlende Energie kann im modernen Industriestaat Deutschland auf keinen Fall durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden, es sei denn, man betoniert das ganze Land mit Windrädern zu - dann wäre aber kein Platz mehr für Industrie, Landwirtschaft, Städte, Wälder und Menschen. Oder man macht sich von völlig überbeuerten und krisenanfälligen Importen abhängig.

Auf einer „Experten“-Anhörung der grünen Bundestagsfraktion am 11. Februar in Berlin gaben die Teilnehmer offen zu, daß niemand auch nur eine blasse Ahnung hat, wie die Energieversorgung nach dem Abschalten von Kernkraftwerken und (!) Kohlekraftwerken – denn beides ist das erklärte Ziel der Grünen –

aussehen soll. Denn Strom läßt sich nicht speichern, nachts scheint keine Sonne, und der Wind bläst auch nicht immer.

Daß die Absicht der Grünen ernst zu nehmen ist, auch existierende Kohlekraftwerke abzuschalten und den Bau von neuen zu verhindern, kann man in Hamburg studieren. Dort war die Genehmigung für das Kohlekraftwerk Moorburg einer der Knackpunkte bei den schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen. Derzeit sind in NRW sieben Kohlekraftwerke in Bau oder Planung. Keines dieser Kraftwerke hat bereits die endgültige Betriebsabnahme. Es könnte also das gleiche passieren wie mit dem Schnellen Brüter in Kalkar, dessen Inbetriebnahme der frühere Ministerpräsident Rau seinerzeit noch nach der Fertigstellung verweigerte. Da die CDU in NRW keine starke Affinität zur Kohle hat und die Länder weit-

gehend Genehmigungshoheit für die Errichtung und die Zuständigkeit für die Betriebsüberwachung haben, kann starker Druck auf die einzelnen Kraftwerke ausgeübt werden. Dies ist absolut zu erwarten, wenn die Grünen erst einmal mit in der Regierung sitzen.

Die Entscheidung über den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke, die alle in anderen Bundesländern stehen, soll nach der Wahl in NRW fallen. Wenn es dann eine Achse NRW-Hamburg von schwarz-grünen Regierungen gäbe, wäre dies der sichere frühe Ausstieg aus der Kernenergie und bedeutete eine höchst ungewisse Zukunft für die Kohlekraftwerke. Solange die CDU in der Opposition oder in einer Koalition mit der FDP war, vertrat sie zumindest dem Anschein nach eine industriennahe Energiepolitik. Der Preis für die Koalition mit den Grünen wäre in jedem Fall der Verzicht darauf.

Zum Glück gibt es mit der BüSo, die in NRW am Landtagswahlkampf teilnimmt, eine Partei, die für wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt und die Reindustrialisierung Deutschlands im Kontext eines neuen Kreditsystems und einer neuen gerechten Weltwirtschaftsordnung steht.

Wenn Deutschland eine Chance haben soll, dann wählen Sie die BüSo in den Landtag von NRW!

BüSo
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität

Bundesgeschäftsstelle:
06131-237384

BW: 0711-6773726

Bayern: 089-7254011

Berlin: 030-8023405

Hamburg: 040-18200658

Hessen: 0611-7169744

Niedersachsen: 0163-7774034

NRW: 0201-3619753

Sachsen: 0351-4278140

E-Mail: info@bueso.de
www.bueso.de

BüSo - Postfach 221128
55050 Mainz

Spendenkonto:

Kto.-Nr. 1660 27-676,

BLZ 545 100 67

Postbank Ludwigshafen

Glass-Steagall-Standard für Europa: Währungsspekulationen verbieten!

Fortsetzung von Seite 1

Kontrakten am Tag im Nominalwert von 108 Milliarden neue Spitzenwerte - eine Steigerung zum Vorjahr um 78%. Dabei war zunehmend eine Tendenz bei den Marktteilnehmern zu erkennen, auf eine Schwächung des Euro-Kurses zu wetten.

Gleichzeitig verschärfte die Hedgefonds die griechische Schuldenkrise, indem sie den Markt für sogenannte Credit Default Swaps (CDS) nutzten, um das Land anzugreifen - ein Umstand, der inzwischen laut griechischen Presseberichten vom griechischen Geheimdienst EYP untersucht wird. Inzwischen haben viele Fonds ihre Gewinne ins Trockene gebracht und sind aus den griechischen CDS wieder ausgestiegen. Sie fokussieren nun auf andere Länder - allen voran auf Spanien.

Die griechische Bevölkerung soll die Suppe auslöffeln, wenn sie sich denn noch Suppe leisten kann. EU, EZB und die deutsche Regierung (ausgerechnet Herr „True Sale International“ Asmussen; siehe Räuber-Geschichte am Anfang) machen Druck, daß die griechische Regierung ein drakonisches Sparpaket durchsetzt. Vorgesehen sind tiefe Einschnitte im Gesundheitssektor, bei den Renten, bis zu 300 Euro (!) Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst, höhere Mehrwertsteuer und Benzinsteuer, höhere Preise für Strom, Wasser, Gas, Transport. 40.000 Jobs sollen im öffentlichen Dienst gestrichen werden, tiefe Einschnitte beim Arbeitsmarkt und Sozialsystemen, Krankenhauskosten sollen um 30% gekürzt werden! Gleichzeitig verweigern deutsche Großbanken weiteren Kredit. Kein Wunder also, wenn die Wut der griechischen Bevölkerung gegen EU und Deutschland wächst und inzwischen zu einem Boykott deutscher Waren aufgerufen wird.

Dabei ist der völlig übertriebene Fokus der Medien auf Griechenland eine bewußte Irreführung, die davon ablenken soll, daß die griechische Staatsverschuldung relativ gering ist und das viel größere Problem der Bankrott Großbritanniens und damit zusammenhängend die spanische Verschuldung ist. Immerhin bezeichnete der frühere Partner von George Soros, Jim Rogers, das Pfund Sterling gegenüber dem *Guardian* als „hoffnungslosen Fall“, die vergleichs-

weise schwächste Währung, die gegenüber allen Währungen mit der Ausnahme des Dollars von Simbabwe massiv abgewertet habe. Der *Daily Telegraph* hatte schon vor Wochen darauf hingewiesen, daß Großbritannien weitaus schlechter dasteht als Griechenland.

Wer aber denkt, daß der relative Anstieg des Dollars gegenüber Euro und Pfund auf eine

weit. Und natürlich ist die Geldentwertung ein weiterer - diesmal letzter - Versuch, das Problem auf die Bevölkerung abzuwälzen, deren Ersparnisse, Renten, erarbeitetes Lebensinkommen damit letztlich gestohlen wird. Man kann sicher sein, das auch hier die Megaspekulanten ihr Schäfchen längst in der Form von Sachwerten ins Trokene gebracht haben.

tion war, nicht mehr unterdrücken. So schrieb ausgerechnet die *FAZ* in ihrer Sonntagsausgabe vom 21. Februar unter der Überschrift; „Haut den Euro in die Tonne!“, über eine Auseinandersetzung über das Pro und Contra selbst in der *FAZ*-Redaktion. „Auch Griechenland wäre heute besser dran ohne den Euro“, heißt es da, und: „Heute zeigt es sich, daß die Einführung des Euro ein schwerer Fehler war. Was keiner den Kritikern geglaubt hat, läßt sich jetzt in der Realität besichtigen: Eine Währungsunion ohne (wirtschafts-) politische Integration ist von Übel. Der zentrale Punkt: Mit der Einführung des Euro ist die Möglichkeit entfallen, wirtschaftspolitische Schwierigkeiten durch schwankende Wechselkurse abzapfen.“ etc.

Inzwischen geht der Trend der Räuberbande in Richtung Europäischer Wirtschaftsregierung, (wieso sollen die Finanzminister oder Regierungschefs kollektiv plötzlich weiser sein, als individuell?), oder dahin, den IWF mit der Weltregierung zu beauftragen, damit dann wirklich brutale Sparpolitik durchgesetzt werden kann. Ha-

Nächstes Internetforum
mit Lyndon LaRouche:
13. 3. 2010, 19.00 Uhr
www.bueso.de

ben diese Dilettanten denn wirklich gar nichts aus den Fehlern von Brüning gelernt?

Die einzig sinnvolle Alternative besteht darin, sofort den Glass-Steagall-Standard in Europa und mit möglichst vielen Partner-Staaten weltweit durchzusetzen. Der nächste Schritt muß sein, staatliche Kredite für Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen und die Produktion von realen Gütern in Gang zu halten oder zu setzen. Spielschulden sind das Problem derer, die sie verursacht haben, nicht das von uns Steuerzahlern. Nachhaltige Haushalte sind die, in denen das organisierte Verbrechen (siehe Treffen in Manhattan) daran gehindert wird, den Rentnern ihre Groschen zu entwenden.

Es ist ein Hoffnungszeichen, daß Frau Merkel sich endlich um den Euro sorgt. Aber dann sollte sie den Herrn Asmussen entlassen, eine offene Debatte über die Motive hinter dem Klimaschwindel erlauben und sich von Experten erklären lassen, wie Deutschland als Industrienation mit Sonnen- und Windenergie aussehen soll. Ist sie nun Physikerin, oder nicht?

Unterstützen Sie die Kandidaten der BüSo!

* **Geben Sie ihre Unterstützungs-Unterschrift für die Landesliste und die Direktkandidaten**

(Formulare finden Sie im Internet unter <http://bueso.de/nrw>)

* **Helfen Sie mit beim Verteilen dieses Wahlextras!**

Stärke dieser Währung schließen ließe, der irrt gewaltig. Denn die Entscheidung von Fed-Chef Bernanke, die Zinsen fast bei Null zu lassen, ist natürlich durch den desolaten Zustand der US-Wirtschaft motiviert. Außer Vermont sind alle anderen 49 Staaten der USA total bankrott, die Arbeitslosigkeit liegt nicht den offiziellen 10%, sondern real bei ca. 30%! Die Zwangsversteigerungen gehen in Millionenhöhe weiter, die Zeltstädte wachsen, die Wut der Bevölkerung auf den Präsidenten, der kein einziges Versprechen gehalten hat, und den Kongreß, von dem sich die Leute verraten fühlen, wächst auch.

Die Nullzinsen wiederum haben einen massiven Dollar-Carry-Trade entstehen lassen, bei dem Spekulanten quasi zu null Prozent Kredite in den USA aufnehmen, um dann in anderen Märkten in höher verzinsten Anlagen z.B. in Schwellenländer-Aktien, -Anleihen oder Rohstoffe zu investieren. Einmal abgesehen davon, daß dieser Carry Trade z.B. zu Lasten der Bevölkerung dieser Schwellenländer geht: durch den relativen Anstieg des Dollars seit Jahresbeginn um 8% haben jetzt Investoren begonnen, ihre Positionen in diesen Anleihen oder Rohstoffen wieder aufzulösen, was eine Abwärtsspirale an den Kapitalmärkten auszulösen droht. Für den stellvertretenden Gouverneur der chinesischen Zentralbank, Zhu Min, repräsentiert dieser Dollar-Carry-Trade das größte Risiko für 2010, wie er in Davos unterstrich. Aus der Kombination von Euro-Shortpositionen und der Auflösung von Dollarverkaufpositionen könnte sich sehr schnell eine Panik entwickeln.

Sowohl das Festhalten Bernankes an der Quasi-Nullzinspolitik in den USA, wie auch die Überlegungen, die Staatspleiten in der Eurozone durch Eurobonds oder ähnliche Instrumente zu verzögern, schüren die Inflation bis zur Hyperinflation wie 1923, nur diesmal welt-

Während Euro-Skeptiker bis vor kurzem Gefahr liefen, auf dem Scheiterhaufen der freien Marktwirtschaft verbrannt zu werden, läßt sich die Debatte, daß der Euro eine Fehlkonstruk-

Von Duisburg zum Mars

VON RAINER APEL

Ach, wie haben Einsparfanatiker, Heuschreckenfonds und Radikalökologen und andere Technikfeinde doch Nordrhein-Westfalen, das einstige industrielle Herz Deutschlands, in den vergangenen Jahrzehnten heruntergewirtschaftet! In den früheren Industrieanlagen plärren heute Rockmusiker, in den Schachtanlagen werden die neuesten Plastikmodelle rekonstruierter Saurier zur Schau gestellt, und wo einmal der Schnelle Brüter in Betrieb gehen sollte, kann man Karussell fahren. Nur diejenigen, die nach 1945 den Morgenthauplan durchsetzen und Deutschland zum ärmlichen Agrarland machen wollten, können sich über diese Zustände die Hände reiben. Nur die rheinischen und westfälischen Regionen, aus denen man nach dem Krieg das neue Bundesland Nordrhein-Westfalen als mit Abstand größtes Bundesland zusammenfügte, sind noch nicht völlig entindustrialisiert, und es gibt immer noch genügend Wähler unter den 17 Millionen NRW-Bürgern, die sich der anhaltenden Demontage widersetzen und eine industrielle Zukunft wollen. Für diese Bürger ist die BüSo derzeit die einzige Partei, die wählbar ist, während die anderen Parteien, wenn sie nicht schon längst grün sind, zunehmend vergrünen - wie jetzt für jeden sichtbar auch die CDU mit ihrem neuen Kurs.

Größter Binnenhafen der Welt

Genau genommen hat NRW gute Voraussetzungen für eine neue tragende Rolle als Produzent und Ideenlieferant für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft nach dem Bankrott des monetaristischen Banken- und

Finanzsystems, den wir gerade erleben.

NRW hat in Duisburg-Ruhrort an der Rheineinmündung der Ruhr immer noch den größten Binnenhafen der Welt, auf dem zuletzt trotz Weltwirtschaftskrise 50 Millionen Tonnen an Fracht umgeschlagen wurden und immer noch mehr als 30.000 Menschen Arbeit fanden.

Ist der Hafen erst einmal davon befreit, lediglich Umschlagplatz für die Güter zu sein, die heute noch von der Globalisierung hineingespült oder von hier abgerufen werden, ohne daß ein großer Teil der Menschheit einen wirklichen Nutzen davon hat, kann er zum Ausgangspunkt für den Transport von Gütern werden, die wirklich dem Aufbau einer neuen, gerechten und menschlichen Weltwirtschaftsordnung dienen. Der Hafen soll künftig mehr als nur Umschlagplatz sein; er kann direkt zum Kern der Reindustrialisierung Nordrhein-Westfalens werden mit der Ansiedlung neuer Industrien und der Beschäftigung von mehr Arbeitern und Ingenieuren als jemals zuvor.

Innovative Transportsysteme

Mit der Verkehrsinfrastruktur wird der erste Schritte zur Reindustrialisierung getan. An immerhin vier Standorten in NRW (Bochum, Paderborn, Kamen und Düsseldorf) sind Transportsysteme, die wie der Transrapid auf Magnetschwebbasis arbeiten, entworfen worden - sie müssen nur endlich zur Anwendung kommen.

Der in Bochum entwickelte *CargoCap* könnte den Anfang machen mit einer unterirdischen Betonröhrentrasse vom dortigen Opel-Werk zum Duisburger Hafen, über die Lastkabinen Standardpaletten mit gewalzten Blechen, vorgefertigten Bauteilen und anderen Materialien schnell, lärmarm und ohne Belastung des oberirdischen Verkehrs rund um die Uhr transportieren. Andere Betriebe könnten ebenso mit dem Hafen wie auch untereinander mit dem *CargoCap*, von dem auch Varianten mit größerer Ladekapazität gefertigt werden können, verbunden werden.

Gleichzeitig kann der in Düsseldorf entwickelte *PeopleCargoMover*, ein Magnetbahnsystem, bei dem die Zugsysteme seitlich entlanggeführt werden und sowohl Passagiere wie Standardcontainer befördern können, auf Trassen, die platzsparend auf den Mittelstreifen der Autobahnen errichtet werden, zum Einsatz kommen.

In den Gebieten mit dichter Ballung an Bevölkerung und Bebauung wäre die in Kamen von IAT (*Innovative Access Team*) entwickelte doppelstöckige Magnetschwebbahn ein geeignetes Verkehrsmittel. Das in Paderborn entwickelte *RailCab-System* mit seinen automatisch gesteuerten Kabinen könnte innerhalb der Ballungsräume wie auch zwischen den Städten im Individual- und Kleinlastverkehr zum Einsatz kommen. Als reguläres Hochgeschwindigkeitssystem für den Massentransport kann dann der *Trans-*

Seite 3

Impressum:

Herausgegeben von der
Bürgerrechtsbewegung
Solidarität,
Bundesgeschäftsstelle,
Postfach 221128,
D-55050 Mainz

Verantwortlich für den Inhalt:
Elke Fimmen, c/o BüSo,
Postfach 221128,
D-55050 Mainz.

Druck: Heider Druck GmbH,
Bergisch Gladbach
Februar 2010

Von Duisburg zum Mars

Fortsetzung von Seite 2

rapid zwischen den größeren Städten verkehren.

Bei guter und genauer Abstimmung der jeweiligen Vorteile der geschilderten Systeme kann die Verkehrsinfrastruktur in NRW (und nicht nur dort) so ausgebaut werden, daß keines der Systeme den anderen in die Quere kommt. Der jeweilige Einsatz erfolgt gemäß jeweils festgelegter Geschwindigkeitsbandbreiten. Dies ist nur die erste Generation der Magnetschwebetechnik, weitere Systeme können durchaus noch im Laufe der Zeit entwickelt werden, aber mit den genannten Systemen wird endlich der erste Schritt in ein Verkehrswesen getan, das ins 21. Jahrhundert paßt.

Es sollten dabei neue Verfahren wie der für den PeopleCargoMover vorgeschlagene Freivorbau eingesetzt werden, bei dem sich die Trasse gewissermaßen von selbst vorwärtsbaut, über eine an moderne Gleisbaumaschinen im Eisenbahnwesen erinnernde Maschine, die Träger und Schienenteile verlegt und sich jeweils auf den neuerrichteten Segmenten nach vorn voranschleibt. Schafft ein solcher Gleisbauzug bei der klassischen Bahn pro Arbeitsschicht 800 Meter, so sollte das auch im Magnetbahnbau möglich sein. Im Idealfall könnte ein Freivorbaugerät 800 Kilometer Magnetbahntrasse in einem einzigen Jahr errichten - im Betrieb rund um die Uhr. Die Patente hierfür existieren längst in NRW, sie müssen nur endlich zur Anwendung kommen!

Die Magnetbahninfrastruktur entkrampft nicht nur den Straßenverkehr, sondern stellt auch ein schnelles und sicheres Transportsystem für den Weg von Millionen NRW-Bürgern zur Arbeit, zur Schule und zur Universität, zum Opern- und Theaterbesuch bereit. Die Ansiedlung neuer produktiver Industriebetriebe wird erleichtert, selbst in größerer Distanz vom Duisburger Hafen. Das Bochumer Opel-Werk beispielsweise könnte nach einer Umrüstung neben dem klassischen Automobilbau neue Fertigungsstätten für die Produktion der bei

den verschiedenen Magnetbahnsystemen zum Einsatz kommenden Kabinen errichten. Zum Duisburger Hafen gebracht, würden sie von dort über den Rhein und die übrigen Wasserstraßen in über 100 Häfen in Deutschland und Europa und in alle Welt verschifft. Der Schifftransport bietet sich vor allem für schwere und sperrige Großanlagen, wie Kraftwerksteile, an, deren versandfertige Montage dann zweckmäßigerweise in Hafennähe erfolgen sollte. Der Duisburger Hafen könnte auch genutzt werden von einer neu errichteten Raumfahrtindustrie, die entlang oder nahe der Hafenanlagen Komponenten für Raumstationen und -fahrzeuge oder sogar ganze Module fertigen könnte, die dann direkt von Duisburg zum europäischen Weltraumbahnhof Kourou in Französisch-Guayana transportiert würden.

auf dem Mond gebraucht. Und vielleicht ist so mancher, der heute noch Azubi bei Opel in Bochum ist, in 20 oder 30 Jahren beim Bau von Raumfahrgeräten für bemannte Mond- und Marsmissionen dabei. Und warum sollte nicht das Opel-Zeichen selbst an Marsrovern zu sehen sein?

Was den von vielen schon voreilig totgesagten Bergbau in NRW selbst betrifft, so ist die Abbautechnik noch lange nicht an ihrem Entwicklungsende angelangt. Verfahren wie der automatisierte Abbau durch Direktanbohrverfahren, das den Bau weitverzweigter Stollenanlagen ersetzt, ein Projekt an der RWTH Aachen, deuten an, was an ganz neuen Möglichkeiten existiert. Die Grundzüge des Verfahrens, das die Kohleverstromung durch Zuführung von Wasserstoff und Sauerstoff direkt am Abbauort vornimmt, wurden übrigens



Deutsche Technik für die Welt: Das Patentrezept der BüSo für Vollbeschäftigung nicht nur in Nordrhein-Westfalen

Bergbau - nicht von gestern

Die Raumfahrt kann zum neuen Standbein der NRW-Industrie werden, wobei bei der Perspektive des großflächigen Abbaus von Helium-3 (für die Kernfusion) und anderer Materialien auf dem Mond auch die nordrhein-westfälische Bergbautechnik ins Spiel kommt. Automatische Großförderanlagen, wie man sie heute bei Aachen im Braunkohletagebau sieht, würden den Umständen entsprechend angepaßt auch

bereits vor 150 Jahren konzeptionell entworfen, so daß es wirklich höchste Zeit ist, daß man es endlich einmal in einer neuen Branche Forschungsbergbau ausprobiert und für breitere Anwendung nicht nur in Deutschland entwickelt.

Kernenergie

Was ebenfalls in NRW fehlt, ist schließlich die Kernkraft. Seit der ebenso ideologisch wie hysterisch motivierten Einmütigkeit des THTR von Hamm-Uentrop im Jahr 1989 und des Schnellen Brütters von Kalkar zwei Jahre später ist Nordrhein-Westfalen „atomfrei“ - eine Absurdität sondergleichen für eine Industrieregion, die notgedrungen einen hohen Energiebedarf hat und eine billige und effiziente Versorgung mit Strom braucht. Kohle und Erdgas sind als Grundstoffe für die chemische Industrie (Kunststoffe, Kunstdünger usw.) viel zu wertvoll, um in Mengen von zehntausenden Tonnen oder Kubikmetern für die Stromerzeugung verfeuert zu werden, während zur Erzeugung der gleichen Strommenge einige Kilogramm Kernbrennstoff und bei der Kernfusion sogar nur einige Gramm benötigt werden.

Ganz nebenbei wird bei Kernspaltung und Kernfusion auch ein Transport- und Entsorgungsproblem gelöst, das Kohle- und Gaskraftwerke heute noch haben. NRW sollte nicht nur den hier einst entwickel-

Spenden Sie für den Wahlkampf der BüSo!

Konto Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Sparkasse Düsseldorf

Kto.Nr.: 10 00 49 68 - BLZ: 300 50 110

ten, jetzt im südafrikanischen Exil auf seinen Einsatz wartenden HTR als Technologie zurückholen und weiterentwickeln, sondern auch den Sprung in die Kernfusionsforschung tun - einschließlich der Einrichtung von Abteilungen für Plasmaphysik an den Universitäten. Was die RWTH Aachen mit der Ausbildung von Zehntausenden Ingenieuren aus aller Welt in 100 Jahren geleistet hat, kann bei Pioniertechnologien wie für die Plasmaphysik in den kommenden Jahrzehnten an Rhein und Ruhr wiederholt werden. Und NRW sollte Produzent von HTRs in Kompaktbauweise werden, die am Hafen von Duisburg oder in dessen Nähe fließbandmäßig gebaut und von dort in Spezialschiffen direkt in alle Welt geliefert werden können.

Stahl - auch nicht von gestern

Zu den Industrien, die neugegründet werden müssen, gehört an erster Stelle die Stahlerzeugung, allein schon wegen des enormen Bedarfs an Stahl für die geschilderten Infrastrukturprojekte. Die 45 Millionen Tonnen Rohstahl und 44 Millionen Tonnen Walzstahl, die bei Thyssen-Krupp und an anderen Standorten in Deutschland bis zum großen weltwirtschaftskrisenbedingten Einbruch 2009 erzeugt wurden, reichen nicht aus. Allein 100.000 Neubauwohnungen verbrauchen schon 7 Millionen Tonnen Stahl, jeweils 6000 Kilometer Magnetbahnschiene 10 Millionen Tonnen, eine Rheinbrücke 10.000 Tonnen, ein Kernkraftwerk mit 1000 Megawatt 100.000 Tonnen Stahl beim Bau. Im Bereich der kommunalen Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Büros, Krankenhäuser, Museen und Theater) ist der dreifache Stahlverbrauch pro Quadratmeter bebauter Fläche zu veranschlagen, ebenso beim Bau von Forschungsstätten und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen.

Allein NRW braucht mehr Stahl als derzeit in ganz Deutschland erzeugt wird! Zugegeben: auch der Produktivitätsfortschritt spielte eine gewisse Rolle beim Schrumpfen der Stahlarbeitsplätze von 374.000 im Jahr 1970 auf nur noch 95.000 im Jahr 2009, und wo früher Tausende von Händen tätig waren, wird die Arbeit heute von hochautomatisierten Anlagen auf einige Knopfdrücke hin erledigt; eine Verdoppelung der Arbeitsplätze im Stahlbereich wäre aber keineswegs zu hoch angesetzt, will man auf die Erzeugungskapazität kommen, die erforderlich wäre, um alle geschilderten Projekte ausführen zu können.

Einen zunehmend größeren Anteil an Baustrukturmateriale werden künftig hochbelastbare und korrosionsfeste Industriefasern und Keramikstoffe übernehmen können, aber ohne rie-

sige Mengen an Stahl wird es auf absehbare Zukunft nicht gehen. Roheisen und Vorprodukte können selbstverständlich in großen Mengen über den Überseeverkehr im Duisburger Hafen angelandet werden, aber die Erzeugung der teils sehr speziellen Stähle für die zahlreichen Anwendungen in der heimischen Industrie erfolgt doch besser vor Ort, hier in NRW.

Finanzierung

Die Reindustrialisierung in NRW allein könnte bis zu zwei Millionen neuer und hochqualifizierter Arbeitsplätze schaffen, bei Investitionen im Umfang von 40 Milliarden Euro jährlich. Das stellt ein Volumen dar, das vom jetzt in seine Endphase gehenden monetaristischen Finanzsystem nicht bereitgestellt werden kann, ganz zu schweigen davon, daß es sowieso spekulatives „Investmentbanking“ der Vergabe von Industriekrediten vorzieht. Der Staat ist hier gefordert als Garantiegeber für Langzeitkredite zu Niedrigzinsen, weil die geschilderten Projekte zumeist Gemeinwohlvorhaben sind, die nicht den Handlungsprinzipien profitorientierter, ohnehin kurzfristig planender und operierender Privatinteressen unterliegen dürfen. Die dramatischen Einbrüche bei Produktion und Exporten, die 2008 und 2009 erfolgt sind, weil die Krise des monetaristischen Systems außer Kontrolle geraten ist und weil die Regierungen gezwungen wurden, die Banken und Fonds als angeblich „systemrelevant“ und somit als „unterstützungswürdig“ zu behandeln auf Kosten der Realwirtschaft und der Beschäftigung, dürfen sich nicht wiederholen. Systemrelevant sind nur Banken, die ihr Geschäft auf die Realwirtschaft hin orientieren - und solche Banken müssen erst aus dem globalisierten monetaristischen Bankenchaos heraus durch ein umfassendes Konkursverfahren ähnlich dem Glass-Steagall-Gesetz der US-Regierung unter Präsident F. Roosevelt neu begründet werden.

Was dringend gebraucht wird, ist ein gemeinwohlorientiertes neues Finanz- und Kreditsystem, in dem weder Währungen noch Staatsanleihen Objekte von Spekulanten werden, in dem aber ausreichend staatlich abgesicherter Kredit für produktive Investitionsprojekte bereitsteht. Das Mastricht-System, das solche Kredite eben wegen ihrer staatlichen Absicherung verbietet, muß deshalb fallen, damit die Bundesregierung und die Landesregierungen wie die in NRW wieder finanz- und wirtschaftspolitische Souveränität erlangen und das tun können, was für das Wohlergehen ihrer Bürger notwendig ist. Und der Startknopf für das NRW-Reindustrialisierungsprogramm ist die Wahl von BüSo-Kandidaten in den Landtag!

Seien Sie dabei, unterstützen Sie die Aktivitäten der BüSo!

Name, Vorname: _____

PLZ, Ort: _____

Straße, Hausnummer: _____

Telefon: _____

E-mail: _____

Ja, ich will Mitglied der BüSo werden. Bitte schicken Sie mir Unterlagen.

Ja, ich will die Arbeit der BüSo durch Spenden unterstützen: Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postbank Ludwigshafen, BLZ: 545 100 67, Kto.Nr.: 166 027 676

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung Neue Solidarität vier Wochen lang kostenlos zum Kennenlernen.

Datum, Unterschrift: _____

Senden Sie diesen Coupon an die Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Postfach 22 11 28 - 55050 Mainz

Erst kommen die Menschen!

Das Kurzprogramm der BüSo

Ordentliches Insolvenzverfahren der Banken auf nationaler Ebene

Keine weiteren Milliarden an Steuergeldern oder aus den Drukerpressen der Notenbanken für den Giftmüll bankrotter Banken oder Spekulanten, sondern ein ordentliches Insolvenzverfahren der betroffenen Banken.

Zeitweise Nationalisierung der Banken, um die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, den Giftmüll abzuschreiben, die Bilanzen in Ordnung zu bringen bzw. nicht überlebensfähige Banken zu schließen. Zu diesem Zweck Einsetzung kompetenter Industriebanker statt Manager, die versagt haben.

Der Schutz der Einlagen und die Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlich wesentlichen Funktionen staatlich regulierter Banken muß gesichert werden.

Ersatz des monetären Systems durch ein Kreditsystem, in dem staatliche Kredite für Infrastruktur und andere die Produktivität der Wirtschaft steigernde Bereiche ausgegeben werden, die dann über die öffentlichen Banken an die Firmen weitergereicht werden, die an diesen Investitionen beteiligt sind.

Für eine „Pecora“-Untersuchungskommission

Wir brauchen eine schonungslose Untersuchung der Ursachen der Krise, um durch entsprechende Gesetze eine Wiederholung zu verhindern. Die verantwortlichen Personen müssen identifiziert und zur Rechenschaft gezogen werden.

Sofortige Notkonferenz souveräner Staaten für ein neues Bretton-Woods-System

Wir befinden uns mitten im Systemkollaps der globalisierten Finanzmärkte. Gegen einen chaotischen Zusammenbruch hilft nur eine Reorganisation des Weltfinanzsystems auf Veranlassung maßgeblicher Regierungen. Eine Gipfelkonferenz ähnlich wie 1944 in Bretton Woods muß ein neues Kreditsystem schaffen, das sich auf den Wiederaufbau der Realwirtschaft auf nationaler und internationaler Ebene konzentriert, die Sozialsysteme erhält, den Kapitalverkehr regelt, die Spekulation unterbindet und einen Großteil der Schulden abschreibt.

Zu den nötigen Maßnahmen gehören: feste Wechselkurse, die Schaffung einer Nationalbank und souveräne Kontrolle über die eigene Währung nach den Prinzipien der Physischen Ökonomie, wie sie Lyndon LaRouche vertritt.

Neue Weltwirtschaftsordnung statt „Globalisierung“

Globalisierung ist ein brutaler Mechanismus zur Senkung des Lebensstandards und Zerstörung der Sozialsysteme in den alten Industriestaaten, ohne daß dieses Produktivpotential in den Billiglohnländern entsprechend aufgebaut würde. Die Alternative zu diesem neuen Feudalismus ist die Zusammen-

arbeit der Nationalstaaten in einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Die jetzt tonangebenden Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank müssen durch ein System von Nationalbanken unter der Kontrolle souveräner nationaler Regierungen ersetzt werden. Nein zu einer neuen imperialen „Weltwährung“ wie den Sonderziehungsrechten.

Währungshoheit wiederherstellen

Da mit dem Scheitern der EU-Verfassung die EU keine Geschäftsgrundlage mehr hat und die EZB als Notenbank privater Finanzinteressen die notwendige Investitionspolitik in den einzelnen Ländern blockiert, kündigen wir den Maastrichter Vertrag, führen die D-Mark wieder ein und behalten den Euro nur als Verrechnungseinheit.

Produktive Kreditschöpfung für 10 Millionen Arbeitsplätze

Oberster Kreditgeber in einem souveränen Deutschland ist eine dem Gemeinwohl verpflichtete Bundesbank, die in eine Nationalbank umgewandelt werden muß. Die Landesbanken müssen ihrer ursprünglichen Aufgabe gemäß öffentliche Projekte finanzieren. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll über langfristige, niedrigverzinsten Infrastrukturanleihen privates Kapital mobilisieren und so, wie nach dem Krieg, Kredite an mittel-ständische Unternehmen finanzieren

Stabilitätsgesetz von 1967 anwenden

Vollbeschäftigung ist machbar, wenn wir das Stabilitätsgesetz von 1967 konsequent anwenden. Mit jährlich 200 Mrd. Euro (400 Mrd. DM) öffentlicher Infrastrukturinvestitionen werden private Investitionen in vergleichbarer Höhe angeschoben und in wenigen Jahren 10 Mio. produktive, gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen. Vorbild ist der Wiederaufbau in den 50er Jahren oder F.D. Roosevelts „New Deal“.

Infrastruktur erhalten und ausbauen

Unterlassene Investitionen in die Infrastruktur von Kommunen und Bund haben zu einem „Investitionsstau“ von mittlerweile mindestens 1000 Mrd. Euro geführt. Jetzt muß nicht nur dieser Rückstand beseitigt, sondern außerdem in neue Projekte wie CargoCap, RailCab und grenzübergreifende Transrapidstrecken investiert werden.

Neue Märkte sind zu erschließen durch ein System produktiver, zwischenstaatlicher Kredite für große, länderübergreifende Infrastrukturprojekte mit staatlichen (Hermes-)Bürgschaften. Im Rahmen solcher Projekte kann auch ein großer Teil des Autosektors zur Produktion nützlicher Güter wie Transrapid, CargoCap, Kernkraftwerken, Traktoren, Erntemaschinen etc. umgerüstet und so wertvoll-

le Arbeitsplätze und Kapazitäten erhalten werden

Eurasische Landbrücke als Friedensordnung

Die Zukunft Europas liegt in der Zusammenarbeit souveräner Nationen für eine gemeinsame Mission des Gemeinwohls und nicht in einem militarisierten, neuen EU-Empire.

Die Eurasische Landbrücke, die nicht nur aus einem Netz von Transrapidstrecken, Pipelines, Kernkraftwerken und Entwicklungskorridoren über den ganzen Doppelkontinent besteht, schafft auch die Grundlage für eine Friedensordnung im Sinne des Westfälischen Friedens von 1648, in der die Nationen jeweils auch den „Vorteil des anderen“ fördern.

Die Entwicklung Afrikas ist eine dringliche, gemeinsame Mission Europas.

Kernkraft statt Windräder

Ausstieg aus der Subventionierung der unrentablen Wind- und Solarenergie, Aufhebung des energieverteuernden Energieeinspeisungsgesetzes. Wiedereinstieg im großen Stil in die Kernenergie, Bau des inhärent sicheren Hochtemperaturreaktors. Mehr Mittel für die Kernfusion und den ITER-Forschungsreaktor.

Nein zum Schwindel der „menschengemachten Klimaerwärmung“; kein CO₂-Zertifikatehandel!

Paritätspreise für die Landwirtschaft

Kostendeckende Erzeugerpreise sind Grundvoraussetzung für Nahrungsmittelsicherheit. Die Nahrungsmittelproduktion muß weltweit verdoppelt werden, damit eine wachsende Weltbevölkerung ernährt werden kann. Abschaffung der WTO! Keine Produktion von Nahrungsmitteln für Biosprit und keine Patentierung von Saatgut oder Nutztieren durch Agrarkartelle.

Forschen für die Welt von morgen

Damit die besten Köpfe im Lande bleiben, müssen sie auch etwas zu tun bekommen: Wichtige Zukunftsbereiche: Weltraumforschung, Terraforming, Kernfusion, Nanotechnik, eine „Biologische Verteidigungsinitiative“ zur Erforschung von AIDS u.a. Krankheiten. Die Gefahr neuer bedrohlicher Pandemien wie der Schweine- und Vogelgrippe zeigt, daß diese medizinischen Forschungsprojekte eine Überlebensfrage für die Menschheit sind.

Humboldts Bildungswesen zum Vorbild nehmen

Mehr denken, lernen, forschen und erfinden! Schüler sollen in der Schule nicht nur dies und das auswendig lernen, sondern schöpferisches Denken üben, ihre Talente entdecken und eine Idee davon bekommen, was wirkliches Wissen und ein „schöner Charakter“ ist.

Verbot von Killerspielen!

Renaissance der klassischen Kultur

Wenn wir die Ideen von großen Menschen wie Platon, Nikolaus von Kues, Leibniz, Mendelssohn, Schiller, Humboldt, Bach, Mozart, Beethoven, Gauß, Riemann und Cantor wieder lebendig werden lassen, können wir wieder zum Volk der Dichter und Denker werden.

Gesundheitswesen retten: Keine Nazipolitik durch Leistungskürzungen!

Das einst vorbildliche deutsche Gesundheitswesen muß wiederhergestellt werden!

Weg mit dem Gesundheitsfonds! Nein zu Deckelung, Kürzung von Leistungen oder Prioritätenlisten für Behandlungen. Eine Zweiklassenmedizin, bei der das Einkommen die Lebenserwartung bestimmt und mit der politisch mörderische Sparprogramme zugunsten der Rettung von Finanzspekulanten durchgedrückt werden, ist mit dem Grundgesetz unvereinbar. Gerade in Deutschland darf die Idee, es könnte „zu teure, zu alte, zu kranke“ Patienten geben, nicht noch einmal toleriert werden!

Abschaffung der unnötigen kostspieligen Bürokratie, die durch die diversen „Gesundheitsreformen“ geschaffen wurde; statt dessen ordentliche Bezahlung für Ärzte, Krankenschwestern und andere im medizinischen Bereich tätigen Personen.

Die Solidargemeinschaft der Versicherten und das Gemeinwohl muß wieder Richtschnur im Gesundheitswesen werden. Nein zu Triage und Euthanasie!

Renten sichern durch Wirtschaftswachstum

Keine Privatisierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Das akute Defizit in der Rentenkasse wird sofort verschwinden, wenn die Investitions-offensive Millionen Menschen wieder in Arbeit bringt. Auch das demographische Problem ist lösbar durch eine wachsende Produktivität der Gesamtwirtschaft, die u.a. in höheren Realeinkommen zum Ausdruck kommt.

Nein zum Lissabon-Vertrag - Hände weg vom Grundgesetz!

Eine Verfassung ist dazu da, gerade in Krisenzeiten Richtschnur und Maßstab der Politik zu sein. Deshalb Nein zum grundgesetzwidrigen und diktatorischen Lissabon-Vertrag!

Auch Gesetze wie Hartz IV, die das Wesen der Bundesrepublik als sozialer und auf dem Gemeinwohl basierenden Republik zerstören, sind abzulehnen.

Dasselbe gilt für neue Gesetze, die angeblich der Abwehr des Terrorismus dienen. Keine Beteiligung an Angriffskriegen, kein Einsatz der Bundeswehr im Innern als Polizeiersatz.

Nein zum Kampfeinsatz in Afghanistan! Statt dessen Beteiligung an einer effektiven Bekämpfung von internationalem Drogenhandel und Geldwäsche.

Währungssouveränität statt Euro!

Selbst Banker sprechen jetzt schon davon, daß die Eurozone vor dem Zerschlagen steht, internationale Spekulanten spekulieren über den CDS-Markt gegen den Euro. Jetzt stellt sich heraus, daß Wall Street Banken der früheren griechischen Regierung geholfen haben, die Haushaltszahlen zu fälschen und so den Beitritt zur Eurozone zu erschleichen - für stattliche 300 Millionen Euro alleine an Goldman Sachs!

Die Zusammenbruchskrise wird weitergehen, solange nicht die folgenden Forderungen der BüSo umgesetzt werden:

1. Es muß sofort ein weltweiter Glass-Steagall-Standard eingeführt werden, d.h. Die von Roosevelt eingeführte Trennung von kommerziellen Banken und Investmentbanken muß wieder hergestellt werden.

Giftmüll in den Banken, der nie wieder verkäuflich sein wird, muß aus den Büchern herausgenommen werden, anstatt die Steuerzahler mit immer neuen „Rettungspaketen“ zu belasten und letztlich durch die Geldentwertung die Guthaben der sogenannten kleinen Leute zu vernichten.

2. Die Staaten müssen wieder die Souveränität über ihre eigene Währung und Wirtschaftspolitik erhalten und in einem neuen Kreditsystem die Vergabe von Krediten ausschließlich für Produktion in Industrie und Landwirtschaft binden.

3. Es muß umgehend mit einem Wiederaufbau der physischen Wirtschaft begonnen werden. Produktive Vollbeschäftigung muß dadurch erreicht werden, daß wir wieder auf wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt setzen, und die Avantgarde-Technologien wie Transrapid und Kugelhaufenreaktor bei uns in Deutschland produzieren, anstatt zuzuschauen, wie sie in Asien gebaut werden. Dann können wir selbstbewußt mit diesen Ländern beim Ausbau der Eurasischen Landbrücke kooperieren.

Tatsache ist, daß die BüSo die einzige Partei in Deutschland ist, die nicht grün ist. Wenn Sie uns helfen wollen, Deutschland vor dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu retten, schließen Sie sich uns an! Es bleibt nicht viel Zeit, zu handeln!